

# Presseinformation

Potsdam, 2. Dezember 2008

Zu dem heute vom Kabinett diskutierten Entwurf des Beamtenrechtsneuordnungsgesetzes für das Land Brandenburg, erklärt **Dr. Andreas Bernig**:

## **Beamtenrechtsneuordnungsgesetz verdient seinen Namen nicht!**

Mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung sind wichtige Forderungen der LINKEN an ein modernes Öffentliches Dienstrecht nicht erfüllt. Dazu gehören u.a. die Schaffung einheitlicher Grundsätze für Beamte und Tarifbeschäftigte, die Verwirklichung des Grundsatzes „Verhandeln statt Verordnen“, die Umsetzung des Leistungsprinzips und die Förderung der Mobilität innerhalb und außerhalb des Öffentlichen Dienstes sowie eine Personalentwicklung, die sich nach zu erfüllenden Aufgaben und nicht nach Kassenlage richtet.

Mit dem jetzt vorlegten Gesetzentwurf werden die Befürchtungen aus der Föderalismusreform I wahr, dass in der gesamten Bundesrepublik ein Flickenteppich an beamtenrechtlichen Regelungen entsteht. Die Wettbewerbsfähigkeit wird sich künftig danach bemessen, welches „reiche“ Land welchem „armen“ Land die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst abwerben kann. Während Brandenburg die Reform auf dem Wege absoluter Kostenneutralität vornehmen will, nimmt Bayern 240 Mio. € in die Hand, um das Beamtenverhältnis attraktiver zu gestalten.

Vermeintliche Verbesserungen in der Familienfreundlichkeit, wie die Arbeit von zu Hause oder flexible Arbeitszeiten gibt es bereits und sind keineswegs Neuheiten. Auch bei der leistungsorientierten Besoldung sind keine Fortschritte erkennbar. Weder wird das Laufbahnrecht wesentlich entschlackt, noch werden Weichen für eine funktionsgerechte Bezahlung gestellt. Eigene Qualifizierung wird nicht honoriert und der Grundsatz „Rehabilitierung vor Versorgung“ wird mit der Streichung der eingeschränkten Dienstfähigkeit abgeschafft.

Die geplante Abschaffung des Landespersonalausschusses sieht DIE LINKE als kritisch, da er Grundsatzfragen zur einheitlichen Anwendung des Beamtenrechts weiterhin entscheiden sollte. Außerdem werden Mitwirkungsrechte bei Versetzungen und Abordnungen beschränkt.

DIE LINKE Fraktion  
im Landtag Brandenburg  
Am Havelblick 8  
14473 Potsdam  
Pressesprecherin:  
Alexa Lamberz  
Telefon: 03 31 / 9 66 15 37  
Telefax: 03 31 / 9 66 15 40  
E-Mail: [pressestelle@dielinke-fraktion.brandenburg.de](mailto:pressestelle@dielinke-fraktion.brandenburg.de)